

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2022/0693		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Alternative Betreuungsformen für ukrainische Kinder ermöglichen / Antrag der CDU-Fraktion				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	26.04.2022	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	26.04.2022	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern niedrigschwellige Angebote für Mutter-Kind-Gruppen für ukrainische Geflüchtete - zusätzlich zu den vorgesehenen Angeboten in den Gemeinschaftszentren - unter Vernetzung der freien Träger zeitnah und unbürokratisch geplant und umgesetzt werden können. Hierbei soll auch der finanzielle Bedarf für die Einrichtung eines wohnortnahen Angebotes, zum Beispiel am Vormittag in den Horten und in den Kindertagesstätten am Nachmittag, ermittelt und schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden - sofern das Land und/ oder der Bund keine vollständige oder anteilmäßige Finanzierung übernimmt. Kapazitätserweiterung sollen im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch umsetzbar sein. Die Ergebnisse der Prüfung sind den zuständigen Fachausschüssen zeitnah vorzulegen.

Begründung:

Mehr als 1200 Vertriebene haben sich bisher im Zuge der aktuellen Kriegshandlungen in der Ukraine bei der städtischen Ausländerbehörde registriert, wobei es sich hierbei überwiegend um Frauen und Kinder handelt. So sind mehr als zwei Drittel der Ankommenden weiblich. Derzeit ist nicht absehbar, wie viele weitere Vertriebene nach Osnabrück kommen werden. Dies wird die Kindertagesstätten- und Schulinfrastruktur vor enorme Herausforderung stellen.

Angesichts der außergewöhnlichen Notlage hat das Land Niedersachsen angekündigt, im Bereich der Kindertagesstätten bestehende Regelungen befristet außer Kraft zu setzen, umfangreiche Flexibilisierungen vorzunehmen und Verfahrensbeschleunigungen einzuleiten. Die dafür nötige Verordnung steht noch aus. Ab April sollen Mutter-Kind-Gruppen in den Jugend- und Gemeinschaftszentren durch die Familienbegleiterinnen in Osnabrück eingerichtet werden. Die Anzahl dieser Einrichtungen in den Stadtteilen und die personellen Kapazitäten ist sind allerdings stark begrenzt, sodass diese nicht für alle Betroffenen unmittelbar erreichbar sind. Es ist davon auszugehen, dass die vorhandenen Platzkapazitäten in den Kindertagesstätten nicht ausreichen werden, um die Bedarfe zu decken. Deswegen ist es wichtig, zeitnah eine flächendeckende und unbürokratische Infrastruktur einzurichten, sodass den Vertriebenen das Ankommen, den Müttern eine Vernetzung, den Kindern Begegnungen und das Spielen mit anderen Kindern schnellstmöglich ermöglicht wird.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:

nicht zutreffend

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktion